

1. Mai 2026 – Redebeitrag von Oberberg ist bunt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke euch für die Gelegenheit, auch heute wieder zu euch sprechen zu können.

„Erst unsere Jobs, dann eure Profite“ – die Losung der Gewerkschaften zum diesjährigen 1. Mai zeigt, dass es noch immer keine Selbstverständlichkeit ist, die Rechte derer, die bei uns im Land die Werte schaffen, angemessen zu berücksichtigen. Anders formuliert:

„Heute tritt die organisierte Macht des Unternehmertums erneut dem Willen der gewerkschaftlich organisierten Kräfte entgegen. Dadurch erlangt der 1. Mai ... für alle Schaffenden und auch für ihre Familienangehörigen eine erhöhte Bedeutung.“

Das klingt jetzt etwas verstaubt. Vollkommen klar, es stammt nämlich aus dem Maiaufruf des DGB von 1950. Die Hauptforderungen damals waren

- *Frieden,*
- *Vollbeschäftigung ,*
- *Schutz der Arbeitskraft,*
- *Wiederaufbau unter sozialen Gesichtspunkten.*

Erstaunlich, dass vieles von dem noch immer oder schon wieder aktuell ist.

Als „*erste und oberste Voraussetzung*“ für die genannten Punkte wurde 1950 „*die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum*“ gefordert. Das wäre was gewesen: Eine Mineralöl-Industrie, die nicht dem Profit, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Von solchen Vorstellungen wagt heute kaum jemand zu träumen!

Ursprünglich bin ich auf die Maikundgebung 1950 aber nicht wegen der allgemeinen Forderungen gestoßen. Es gibt noch einen anderen Punkt, der einen hochaktuellen Bezug hat. Im Juni 1950 war in NRW Landtagswahl. Und zu dieser Wahl kandidierte erstmals eine neu gegründete extrem rechte Partei: Die SRP – „Sozialistische Reichspartei“. Die waren genauso wenig Sozialisten wie es die „Nationalsozialisten“ gewesen waren. Die leugneten oder verharmlosten die Verbrechen der Nazis, die warben gezielt um Menschen, die als Nazi-Mitläufer jetzt in der Demokratie ihre Posten und ihr Ansehen verloren hatten, die hetzten mit populistischen Sprüchen gegen die „Lizenz-Parteien“ (damit waren alle anderen Parteien gemeint, die hatten nämlich vor der Gründung der Bundesrepublik eine Lizenz der Besatzungsmächte gebraucht, um politisch aktiv werden zu können). Diese SRP kandidierte 1950 eher „probeweise“ in nur drei Wahlkreisen: In Wanne-Eickel, in Oberberg-Nord und in Oberberg-Süd. Am 29. April 1950 fand in Waldbröl die erste Propaganda-Kundgebung der Rechtsextremen statt. Oder besser: Sollte stattfinden, denn es gab massive Gegenwehr: Ehemalige NS-Verfolgte, Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen protestierten in der Versammlung so deutlich und lautstark, dass die Veranstaltung abgebrochen werden musste. Einer der Mutigen war Konrad Dahl aus Gummersbach, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der IG Druck und Papier. Kollege Dahl war drei Tage später Hauptredner bei der Gummersbacher Maikundgebung, er bezog sich in seiner Rede auf die „aufmuckenden Nazis“ in Waldbröl, er war mit Recht stolz darauf, dass es gelungen war „diese Herren am Reden zu hindern“. Er machte, wie die „Oberbergische Rundschau“ schrieb, „unmißverständlich klar, daß man

nicht gewillt sei, die Provokationen von ganz rechts ohne weiteres hinzunehmen. Man werde sich entsprechend zur Wehr setzen.“

Die „Oberbergische Rundschau“ – die einzige Lokalzeitung damals – war von dem lautstarken Protest zunächst verschreckt, sie nannte das Vorgehen „taktlos“ und meinte, man hätte den SRP-Mann ausreden lassen und dann später „bewährte Diskussionsredner zu Wort kommen lassen“ sollen.

In den nächsten Wochen musste die Zeitung dann erleben, dass eine Diskussion mit den Rechtsextremen nicht funktioniert. Sie berichtete, dass bei den Kundgebungen der SRP Gegenmeinungen nicht zu Wort kamen, dass Zwischenrufer von Polizei und Saalschutz unsanft rausgeworfen wurden.

Die Kölner Bezirksregierung war alarmiert und rief die oberbergischen Politiker und Kommunalbeamten Anfang Juni zu einer Sitzung zusammen, Regierungspräsident Warsch warnte vor der Hetze der SRP und bezeichnete es als „Pflicht der Beamten und behördlichen Angestellten sowie der Lehrerschaft, jederzeit ein offenes Bekenntnis abzulegen für den demokratischen Staat, wann und wo auch immer es sein möge.“

Das Ergebnis der Landtagswahl im Juni zeigte dann aber, dass der braune Sumpf im Oberbergischen noch lange nicht trocken gelegt war: Fast 20% stimmten in Waldbrohl für die SRP. Im Nordkreis waren es etwas weniger, aber immer noch 13% in Gummersbach. Angefeuert durch diesen Erfolg, haben die Rechtsextremen 1951 in Niedersachsen flächendeckend kandidiert und sind mit 11% in der Landtag eingezogen.

Spätestens da wurden die Forderungen nach einem Verbot der SRP lauter und tatsächlich stellte die Bundesregierung unter Adenauer im November 1951 einen entsprechenden Antrag beim Bundesverfassungsgericht. Das sah sich die Beweise an und fackelte nicht lange: Nach wenigen Verhandlungstagen war die Sache klar, am 23. Oktober 1952 wurde das Verbot der SRP verkündet.

Mit dem Urteil war eine deutliche Grenze des „Sagbaren“ gesetzt worden. Später zog die NPD zwar zeitweise in einige Landtage ein, sie schaffte es aber nie in den Bundestag und ist inzwischen parlamentarisch bedeutungslos.

Doch jetzt schickt sich wieder eine extrem rechte Partei an, mit demagogischen Sprüchen und leeren Versprechungen unsere Demokratie anzugreifen. Die AfD radikalisiert sich immer weiter, sie will unser Land in einen autoritären Staat verwandeln, in dem wie in den USA nur die Oligarchen profitieren und die Rechte der Arbeitenden nicht zählen, in dem der Kern unserer Verfassung, die Würde ALLER Menschen angegriffen wird.

Es wird Zeit, dass unsere Demokratie aufsteht und sich wehrt. Wenn die Bundesregierung es nicht tut, können auch die Länder über den Bundesrat einen Antrag zur Prüfung eines Verbots der AfD stellen. Kommt in die Pötte! Es ist höchste Zeit!